

# Internationale Nachrichten

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **182 (2016)**

Heft 1-2

PDF erstellt am: **26.07.2024**

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*  
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, [www.library.ethz.ch](http://www.library.ethz.ch)

<http://www.e-periodica.ch>

## Deutschland

### Heckler und Koch vorerst gerettet

Andreas Heeschen, Mehrheitsaktionär des deutschen Traditionsherstellers Heckler & Koch stellte kürzlich seiner Firma eine 60-Millionen-Euro-

Finanzspritze zur Verfügung. Das an den Märkten mit CCC bewertete Unternehmen wird auf diese Weise (erneut) von einem möglichen Konkurs bewahrt. Heeschens Ziel, die Firma wieder in Schwung zu bringen, schätzt er positiv ein

und begründet: «H&K ist ein wichtiger Partner innerhalb des Sicherheitsapparates von Deutschland und seinen NATO-Partnern.» Immer mehr wird Europa gegenüber Konflikten exponiert sein, deshalb sei es wichtig, flexibel auf sämt-

liche Bedürfnisse der Kunden eingehen zu können, so Heeschen weiter. Die Firma hatte immer wieder mit Exportschwierigkeiten zu kämpfen, da teilweise Verträge aufgrund von Ausfuhrbeschränkungen nicht bedient werden konnten.

## Finnland

### Neuster Partner in der Cyber-Defence-Kooperation

Am 3. November 2015 ist Finnland dem Kompetenzzentrum Cyber Abwehr (NATO Cooperative Cyber Defence Centre of Excellence, CCDCOE) in Estland als sogenannte «Contributing Nation» beigetreten. Mit diesem Schritt fanden die 2013 begonnenen Beitrittsverhandlungen ihren Abschluss. Mitwirkende sind jene Nicht-NATO-Länder, welche als Partner-Nation (Pfp) dem CCDCOE als Teil der grösseren Cyber Defence Community der Allianz beitreten. Bisher Österreich und neu nun Finnland. Gleichzeitig wurden die NATO-Länder Griechenland und Türkei als «Sponsoring Nations», also vollwertige Mitglieder aufgenommen. Zum Beitritt meinte der Direktor des CCDCOE,



Neu mit Finnischer Flagge – CCDCOE in Tallin.

Bild: Estnische Verteidigungsstreitkräfte

Sven Sakkov: «Alleine der Umstand, dass die Mitglieder im Zentrum zahlreicher werden, zeigt die steigende Wichtigkeit von Cyber Defence. Cyber entwickelte sich zu einer eigenen Kriegsdisziplin nebst dem Land-, See-, Luftkrieg. Cyber hat unser Leben verän-

dert und Cyber wird die Kriegsführung verändern.» Letztmals wurde bis ins Jahr 2013 das finnische Aussenministerium von einem hochentwickelten, mehrjährig andauernden Angriff heimgesucht, von dem die Öffentlichkeit nur infolge einer Indiskretion seitens der

Regierung erfahren hat. Das Ziel war, innerhalb der geschützten Netze des Aussenministeriums politischen Nachrichtendienst zu betreiben. Dies wurde gemäss der Finnischen Cyber-Abwehr auch in mehreren anderen europäischen Ländern erreicht.

## Oman

### Durch Deutschland aufgerüstet

Das Sultanat Oman ist in Verhandlungen über die Beschaffung von Panzern aus dem Hause Krauss-Maffei Wegmann (KMW). Das Geschäft könnte einen Umfang von etwa 2 Milliarden Euro haben, und bis zu 70 Panzer des Typs Leopard 2 A7+ inklusive Wartung, Training und Truppenimplementierung beinhalten. Für den Kampf in urbanem Gelände entwickelt, verfügt das von



Leopard 2 A7+.

Bild: Krauss-Maffei Wegmann

mehreren Golfstaaten begehrte Modell über die Fähigkeit, Panzerabwehrgeschosse abzuwehren, 360° Rundumsicht und die Möglichkeit, nebst einer 120 mm-Kanone auch mittels der stabilisierten fernbedienbaren leichten Waffenstation FLW 200 auch seinen Rundumschutz zu garantieren. Ebenfalls wurde vom Deutschen Kabinett ein Ausfuhrantrag für 1600 Maschinengewehre, 100 Maschinenpistolen und 48 automatische Granatwerfer an Oman bewilligt.

USA/Kuba

Eisschmelze in der Karibik

«Wir sind alle Amerikaner!» verkündete US-Präsident Barack Obama in einer TV-Adresse an Kuba gerichtet. Dabei verabschiedete er ein Massnahmenpaket, um den Wandel in Kuba zu unterstützen. Derweil

tun sich zwei Oppositionsfronten in den USA auf.

Das Ziel von Barack Obama ist, die Beziehungen zu Kuba zu normalisieren. Dafür begann er schon im Jahr 2009, Signale zu senden. Zunächst hob er die Reisebeschränkungen für Exilkubaner auf. Dann,

im Jahr 2013, erlaubte er die Ausfuhr von US-Agrarprodukten im Wert von drei Milliarden US-Dollar und von Pharmagütern für 300 Millionen Dollar nach Kuba. Nun möchte Obama die diplomatischen Beziehungen normalisieren. Auch der Eintrag Ku-

bas in der Liste von Staaten, die den Terrorismus unterstützen, soll überprüft werden. Vielleicht kommt es auch zum Austausch inhaftierter Agenten und sogar zur allgemeinen Reisefreiheit. Fernziel ist die Aufhebung des gesamten Handelsembargos – das im Übrigen von Präsident Kennedy eingeführt wurde.

In den USA selber stossen die Ziele und Massnahmen des Präsidenten nicht nur auf Gegenliebe. Die Republikaner äussern ihre Skepsis: Kuba hat noch keine konkreten Massnahmen zur Normalisierung ihrer Beziehungen zu den USA eingeleitet. Warum sollten es die USA unilateral tun. Aber auch Kreise, die den Demokraten nahe stehen, äussern Zweifel. Sie haben die grossen Enteignungen des kommunistischen Kuba nicht vergessen und verlangen entweder Ausgleichszahlungen oder die Wiederinstitution ihrer Kuba-Eigentümer.



Kuba ohne Charme.

Bild: pixabay

Russland

Ballistische Aufrüstung

Zum ersten Mal übte Russland Ende November 2015 den Abschuss eines taktischen ballistischen Boden-Boden-Marschflugkörpers Typ ISKANDER-M bei Nacht. Der Drill war gemäss dem russischen Verteidigungsministerium als grossangelegte Trainingsoperation angelegt. Diese diente dazu, die taktischen und technischen Aspekte eines Einsatzes auszu-leuchten und die beübte Truppe aus den Raketenverbänden des Militärbezirks Zentrum auf einen möglichen Einsatz des Systems in arktischer Umgebung vorzubereiten. Die offizielle Pressemeldung spricht von einem Training mit etwa 20 Raketen, welche durch über 50 Offiziere bedient wurden.

Das ISKANDER-System verfügt über die Fähigkeit, mittels flacher Flugbahn, Störsendern und zufälligen Ausweichmanö-

vern beinahe unentdeckt Ziele bis in 500 km Entfernung zerstören zu können. Bereits wenige Tage nach dem erfolgrei-

chen Test verkündete der stellvertretende Chef der russischen Raketentruppen, dass dem ISKANDER-M-System, auf-



ISKANDER-M am «Tag des Sieges» im Mai 2015.

Bild: wikimedia.org

grund seiner vortrefflichen Eigenschaften, demnächst (noch zu entwickelnde) neue ballistische (nukleare) Raketen zugeteilt werden sollen. Das derzeit bestehende System wurde ab 2006 bei der russischen Ar-

mee eingeführt und soll demnächst auch in den Export gelangen. Russland ist dazu mit Armenien in Verhandlung. Gemäss dem Hersteller KB Maschinostrojenija (KBM), einem staatlichen Rüstungsunterneh-

men, ist eine erste Lieferung im Umfang von geschätzten 200 Mio. USD nicht vor 2016 geplant. Weitere interessierte Länder sind Kasachstan und Saudi Arabien. Gemäss der Federation of American Scientists

(FAS) sind mögliche Gründe für eine Kaufabsicht, dass bereits die Verfügbarkeit von wenigen ISKANDER-Raketen einen signifikanten Einfluss auf das Kräftegleichgewicht in einem Konflikt haben.

## Russland



F-22 Raptor.

Bild: Wikimedia

### Russland «beeinflusst» US-Verteidigungsetat

Der US-amerikanische Budgetantrag für Verteidigung für das Jahr 2017 wird derzeit im Lichte der russischen Positionierung bearbeitet. Wegen der russischen Geostrategie in Europa und im Mittleren Osten haben die USA einige Ausgaben neu evaluieren müssen. Die Höhe des Jahresbudgets bleibt fix bei 547 Milliarden US-Dollar. Doch die Verteilung der Mittel auf verschiedene Teilstreitkräfte und Waffen- sowie Sicherheitssysteme könnte sich ändern. Beispielsweise ist eine ständige Stationierung von Flugzeugen des Typs F-22 Raptor in Europa vorstellbar.

Vorerst ging es nur um die turnusmässige Stationierung von vier Fliegern in Europa. Diese erfolgte bereits im August 2015 mit dem Ziel, die NATO-Interoperabilität zu steigern. Aber je nachdem wie die Budgetdiskussionen ausfallen, könnte bis zu einer ganzen Staffel dauerhaft in Europa

positioniert werden. Ein genaues Datum oder Orte der Stationierung ist noch nicht bekannt. Luftwaffen-Stabschef Mark Welsh sagte, die Kampfflugzeuge sollten an Stützpunkte geschickt werden, von denen aus sie auch bei einem möglichen militärischen Konflikt in Europa eingesetzt würden.

Wegen der hohen Kosten war die Anschaffung der F-22, die Lenkbomben tragen kann, im Kongress umstritten. Der Hersteller Lockheed Martin beziffert den Stückpreis auf mehr als 140 Millionen Dollar. Expertenschätzungen gehen sogar von bis zu 350 Millionen Dollar je «Raptor» aus, wenn man Wartung und Reparaturen einbezieht. Wegen der aufwendigen Wartung sollen die Flugkosten pro Stunde über 44 000 Dollar betragen. Die knapp 19 Meter lange, mit Tarnkappentechnik ausgestattete «Raptor» ist nur schwer vom Radar zu erfassen und gilt als modernstes Kampfflugzeug des US-Militärs.

## Pakistan

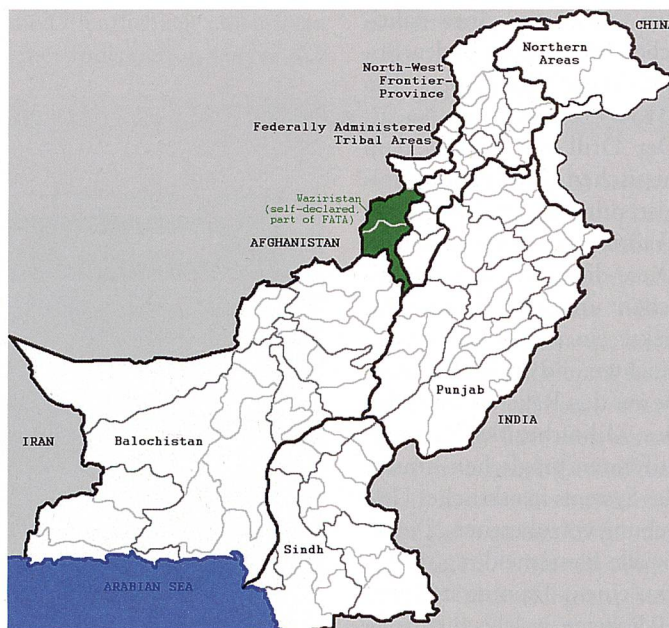
### Pakistan contra Taliban

Pakistan hat das selbstgesteckte Ziel der Eindämmung bzw. Niederschlagung der militanten aufständischen Taliban (Tehrik-e-Taliban Pakistan) noch nicht erreicht. Dies sagten die pakistanischen Streitkräfte, die seit etwa 18 Monaten eine Militäroperation im Nordwaziristan führen. Diese halb-autonome Region wird von Stämmen beherrscht. Diese unterstützen die Taliban im benachbarten Afghanistan schon seit der sowjetischen Okkupation von 1979 bis 1989. Diese Unterstützung erfolgt nicht etwa nur aus islamischer Verbundenheit, sondern vor allem um die Lebensweise, die man als althergebracht sieht, zu bewahren.

Stammesgesellschaften haben die Tendenz, über ihre Organisationsformen zu wa-

chen und sämtliche Versuche staatlicher Institutionen, sie einzufangen, zu bekämpfen. Dafür greifen Stammesgesellschaften auf verschiedene Mittel zurück. Dies ist keine Besonderheit des Nordwaziristan. In Pakistan hingegen herrscht Konsens, dass die Pro-Taliban-Militanz zu zerschlagen ist. Zum ersten Male seit langem sind die öffentliche Meinung, die Politik, das Militär und die internationale Gemeinschaft der gleichen Auffassung. Auch der pakistanische Geheimdienst ISI scheint seine jahrelange Unterstützung für gewisse militante Islamisten eingestellt zu haben.

Man kann die Fähigkeiten der pakistanischen Streitkräfte, die Taliban einzudämmen, anzweifeln. Aber noch selten waren die Rahmenbedingungen im Land besser, um eine umfassende Operation zu lancieren.



Nordwaziristan in Pakistan.

Bild: Wikimedia

**Nordkorea**

**Nordkorea und seine Raketentests**

Gescheitert: Nordkorea hat offenbar im November 2015 erneut versucht, eine ballistische Rakete von einem U-Boot aus zu starten – und scheint damit gescheitert zu sein, wie südkoreanische Medien berichten. Die Rakete sei anscheinend abgefeuert worden, aber nicht aus dem Wasser aufgestiegen. Das Verteidigungsministerium Südkoreas wollte die Meldung nicht kommentieren. Es weist aber darauf hin, dass unabhängig vom Erfolg der Tests, Nordkorea an der Entwicklung U-Boot-fähiger Raketen arbeitet. Das sei an sich beunruhigend.

Ein ähnlicher Raketentest im Mai 2015 hatte grosse Sorge in Südkorea und den USA ausgelöst. Nordkoreas Staatsmedien hatten berichtet, das

Land habe erstmals erfolgreich von einem U-Boot eine neuartige Rakete abgefeuert. Dazu lieferten sie Fotos des Versuchs.

Zwar meldeten Raketenexperten damals Zweifel an der Authentizität der Bilder an. Statt von einem U-Boot sei die Rakete wahrscheinlich von einem halb eingetauchten Frachtschiff abgefeuert worden. Zudem sei Nordkorea noch Jahre davon entfernt, die notwendige Technologie zu entwickeln, sagten andere Experten.

Die südkoreanische Regierung teilte damals hingegen mit, sie glaube, die Rakete sei von einem U-Boot abgefeuert worden, allerdings lediglich 100 bis 150 Meter weit geflogen. UNO-Resolutionen verbieten Nordkorea den Start ballistischer Raketen. Im Zeitraum von 2006 bis 2013 hat Nordkorea drei Atomtests durchgeführt.



Bald auch U-Boot tauglich?

Bild: Wikimedia

**Nigeria**



Werkstatt der Instandhaltungsschule in Abuja.

Bild: Bundeswehr

**Kooperation mit Deutschland**

Um die Sicherheitslage in Nigeria weiter beruhigen zu können, beschloss die Regierung Deutschlands, die Nigerianische Armee in Zukunft vermehrt unterstützen zu wollen. Bereits jetzt beliefert die Bundeswehr Nigerianische Truppen mit Fachwissen im Bereich der Terrorismusabwehr. Neu soll die Zusammenarbeit aber auch in der Kampfmittelbeseitigung und dem vertieften logistischen Support der mechanisierten Truppen erfolgen. Weiter wird angestrebt, ein Ausbildungszentrum für Friedensfördernde Operationen aufzubauen. Auf diese Weise werden die internationalen Beziehungen zwischen den Ländern gefördert, so ein gemeinsames Statement des Nigerianischen Generalstabschef Generalmajor Abayomi Olonisakin mit dem Deutschen Militärberater aus dem Verteidigungsattachédienst, Oberst i. G. Thomas Brillisauer. Letzterer ergänzte, dass speziell für die mechanisierten Verbände in begrenztem Ausmass auch Rüstungsgüter bereitgestellt werden müssen, denn Deutschland ist zurzeit das einzige Land,

welches das Nigerianische Heer im Unterhalt seiner schweren Fahrzeuge ausbildet. Bereits Mitte 2015 wurde in der Hauptstadt Abuja ein durch die Bundeswehr aufgebautes «Ausbildungszentrum Instandhaltung» eröffnet. Gemäss der involvierten deutschen Beratergruppe ist dies eine für Nigeria völlig neuartige Einrichtung, in welcher Soldaten während einer 24-monatigen Ausbildungszeit zu Mechatronikern ausgebildet werden. Fast gleichzeitig wurden zwölf Direktoren aus dem Sicherheitsstab des Präsidenten gefeuert, worauf im November des letzten Jahres Präsident Muhammadu Buhari persönlich eine Untersuchung gegen seinen ehemaligen nationalen Sicherheitsberater, Oberst Sambo Dasuki, eröffnete. Gemäss des einberufenen Untersuchungsausschusses soll Dasuki, mehr als zwei Milliarden (!) US-Dollar an Rüstungsgelder veruntreut haben. Diese Gelder wären dringend im Kampf gegen den durch die islamistische Terrormiliz Boko Haram geführten Aufstand im Nordosten des Landes benötigt gewesen.

*Pascal Kohler,  
Henrique Schneider*